Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen **Herausgeber:** Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Band: 7 (1912)

Heft: 12

Artikel: Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-350534

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Sage.

(Beschlossen vom Internationalen Kongreß in Basel am 25. November 1912.)

Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsäte für den Kampf gegen

ben Rrieg festgestellt:

"Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigfeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirtsamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärzsung des Klassenkampses und der Verschärzsung der allgemeinen politischen Situation naturzgemäß ändern.

Falls der Arieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Aräften dahin zu streben, die durch den Arieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Arise zur Aufrüttelung des Bolkes auszunußen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Alassenherrschaft zu beschleunigen."

Die Ereignisse der letten Zeit haben mehr als jemals bem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen und gemeinsamen Aktionen die größte Araft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebens= mittelteuerung oerschärft und dadurch die Klassen= gegensätze zugespitt und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem Shitem bon Beunruhigung und Berschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken bie unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Bölker Europas find beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrie= ben zu werden, ohne daß diese Attentate gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den ge= ringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden könnten.

Die Balkankrise, die bereits dis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greist, die furchtbarste Gesahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensat zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kom-

menden Intereffen.

Darum stellt der Kongreß mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege

gegen den Arieg.

Indem die Prosetarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampfe gegen den Imperialismus ershoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Prosletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilis

sierte, ergab sich eine grandiose Rooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution, im Gefolge eines Weltfrieges, hat sich als eine wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zwecksmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen. Er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen

Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkan= halbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Groß= mächte Europas haben durch die sustematische Hin= tertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegen= über der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dhnastien und Bourgeoisien haben die sozial= demokratischen Barteien des Balkans mit heroischem Mute die Forderung nach einer demokratischen Föde= ration erhoben. Der Kongreß fordert sie auf, in ihrer bewunderungswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daransetzen wird, zu verhinbern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkauften Ergebnisse des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus, von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke miß= braucht werden. Insbesondere aber fordert der Rongreß die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumanen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im an= deren Rriegslager stehenden Balkanvölker, der Tür= fen und der Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den ent= fesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker, einschließlich der Albaner, der Türken und der Rumänen, zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Desterreichs. Ungarns, Kroatiens und Slavoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungs= volle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonar= chie auf Serbien mit aller Rraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plane zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt ber Ergebnisse bes Rrieges zu berauben, es in eine Kolonie Desterreichs zu verwandeln, und um dynastischer Interessen willen die Völker Desterreich=Un= garns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Gbenfo werden die sozialdemokratischen Parteien Desterreich= Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß den vom Hause Habsburg beherrschten Teilen des süd= flavischen Volkes innerhalb der Grenzen der öfter= reichisch=ungarischen Monarchie selbst, das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkett haben die sozialdemo-

kratischen Parteien Oesterreich-Ungarns, ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongreß erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an. Er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opser österreichisch-ungarischer und italienischer Herrichaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongreß nicht nur eine Gesahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Wedrohung des Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Kur als autonomes Glied einer demokratischen Balkansöberation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongreß sordert daher die Sozialbemokraten Oesterreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch ihrer Kegierungen, Albanien in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, zu bekämpfen, und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Oes

sterreich-Ungarn und Italien fortzuseken. Mit großer Freude begrüßt der Kongreß die Proteststreiks der russischen Arbeiter als eine Bürg= schaft dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Kontrerevolution ihm versetzt hat. Da= die zarische Kontrerevolution ihm versetzt hat. rin erblickt der Kongreß die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preis= gegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht bor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er felbst geschaffen hat. Wenn sich aber ber Zarismus nunmehr wieder anschickt, fich als Befreier der Nationen des Balkans zu geberden, so ge= geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande im blutigen Ariege die Vorherrschaft am Bal-kan wieder zu erobern Der Konareß erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Kinlands und Polens biefes Lügen= gewebe zerreißen, sich jedem friegerischen Abenteuer bes Zarismus widersetzen, jeden Anschlag des Za= rismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstanti= nopel, bekämpfen, und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes ge= gen den Zarismus konzentrien wird. Ist doch der Rarismus auch die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, ber grimmigste Keind ber Demokratie der von ihm beherrschten Bölker selbst, dessen Untergang herbeizuführen die gesamte Internationale als eine ihrer vornehmften Aufgaben ansehen muß.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblicke ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Desterreich-Ungarn, als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmengung in die Balkanwirren enthalten und uebedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichisischen Halturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Halturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Kasenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Eng-

lands können nicht anerkennen, daß irgend eine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge ber militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, bann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Rraft ber Er= oberungspolitif in Vorderasien zu widerseten, die geraden Weges zum Weltkriege führen müßte. die größte Gefahr für den Frieden Eurovas betrach= tet ber Kongreß die kunftlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und bem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt daher die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zwede die Abschließung eines Uebereinkom-mens zwischen Deutschland und England über bie Einstellung der Flottenrüftungen und über die Abschaffung des Seebeuterechts. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein folches Uebereinkommen fortzusetten.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite, würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, einen Ueberfall Desterreich= Ungarns auf Serbien unmöglich machen und der Welt den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale über diese Grundsätze der auswärtis gen Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Rraft der internationalen Solidarität des Proleta-riats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, burch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen. Er forbert nachdrudlich ben Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergeffen, daß fie bei bem gegenwärtigen Buftand Europas und ber Stimmung ber Arbeiterklaffe nicht ohne Gefahr für sie selbst ben Krieg entfesseln tönnen, sie mögen sich baran erinnern, daß ber beutsch= französische Krieg ben revolutionären Ausbruch ber Kommune im Gefoge hatte daß der russisch-japanische Rrieg die revolutionaren Rrafte ber Bolfer bes rufsischen Reiches in Bewegung gesett hat, daß die mi= litärischen und maritimen Wettrüftungen ben Rlassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeits= einstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnwit, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, baß schon der bloke Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrustung und Empörung der Arbeiterklaffe hervorrufen muß. Die Proletarier emp= finden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schieken, zum Vorteile bes Profits ber Kapitalisten. bes Ehraeizes der Dynastien oder zu höherer Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die Regierungsgewalten jede Möglichkeit ber normalen Fortentwicklung abschneiben und daburch das Proletariat zu verzweifelten Schritten treiben sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten

Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale sozialistische Bureau, mit umso größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrechtzuerhalten und zu zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblicke der Träger der ganzen Zukunst der Menscheit zu sein. Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und der Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat all seine Energie auswen-

den.

So wendet sich der Kongreß an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Eure Stimme vernehmen lasset! Verkündet Euren Willen in allen Formen und in allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel auß, die Euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamen und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Außebeutung und des Massenwordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Die Thesen des Neuenburger Varkeitages. Tenerung.

Staatliche und kommunale Maß= nahmen. Zur Linderung der Lebensmittelteuerung ist in denjenigen Gemeinden, wo dis jeht keine oder nur ungenügende Vorkehren getroffen worden sind, durch die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden dahin zu wirken,

1. Daß die sofort möglichen Magnahmen an die

Hand genommen werden, in erfter Linie:

a) der Ankauf von Lebensmitteln, die für den täglichen Gebrauch unentbehrlich und deren Lagerung entweder für längere Zeit oder für die notwendige Zeit des Absahes möglich erscheint, und Abgabe zum Selbstkostenpreis, an Arme unentgeltlich (Kartoffeln, Kohl, Küben, Hülsenfrüchte, Leigwaren);

b) Abgabe von Brennmaterialien zu reduziertem Preis. Diese Maßnahmen können je nach der Zweck-mäßigkeit und dem Stand der lokalen Entwicklung entweder von der Gemeinde selbst oder in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften getroffen werben, alle unter quantitativer Beschränkung zur Vers

hinderung spekulativer Ausnützung;

c) möglichste Förderung der Schülerspeisungen; d) Errichtung oder Subventionierung von Sup-

penanstalten;

e) Teuerungszulagen.

2. Daß für die zunkünftige Teuerungsabwehr= politik namentlich folgende Fragen — eventuell mittelst Einsetzung von Notstands= oder Studienkom=

missionen näher geprüft werden:

a) Erstellung von Gefrier- und Kühlanlagen, wo solche nicht schon in modernen Schlachthausbauten vorhanden sind, und gestützt darauf Organisation der Einfuhr und des Vertriedes von überseeischem Gefriersleisch, eventuell kommunale Organisation des Fleischverkaufes überhaupt.

b) Organisation des Milchvertriebes.

c) Organisation von Meerfischmärkten, Einführung und Verteilung von Fischkochanleitungen, und in Verbindung mit gemeinnühigen Vereinen Organi-

sation von Kochkursen.

d) Vermehrte Zufuhr von Lebensmitteln, insbesondere von Brotfrucht und deren Sicherung auf längere Zeit, eventuell durch ein die Konsumenteninteressen in erste Linie stellendes Getreide- und Mehlmonopol.

e) Anhandnahme statistischer Erhebungen über Lohnverhältnisse, Haushaltungsbudget, Lebensmit-

tel= und Marktpreise.

- f) Anhandnahme bezw. Weiterführung einer fräftigen kommunalen Wohnungspolitik, insbesonbere Erwerbung von Bauterrain zur Bekämpfung der Bauspekulation, Erwerbung landwirtschaftlicher Güter in der Umgebung städtischer Gemeinden, Erwerbung oder Bau von Wohngebäuden zur Vermietung zu billigen Preisen, Verleihung des Baurechts an Gemeindeeigentum an Baugenossenschaften, die jede Spekulationsmöglichkeit ausschließen, finanzielle Unterstützung solcher Genossenschaften nötigenfalls durch die kommunale Organisation des städtischen Hypothekarkredites.
- 3. Durch die vorgenannten Maßnahmen des Staates, der Kantone, der Gemeinden oder Genossensichaften soll die häufig demoralisierend wirkende Wohltätigkeit auf das unumgänglich notwendige Maßeingeschränkt werden.
- 4. Lebensmittelzölle. Direkte Eingabe an den Bundesrat mit der Forderung, in Anwensung von Art. 4 des Zollgesetzes vom 10. Oktober 1903, die Vieh- und Fleischzölle zu reduzieren, unter gleichzeitiger Ermächtigung an das Parteikomitee im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit wirtschaftslichen Konsumentenorganisationen behufs Einleitung einer Volksinitiative auf Reduktion der Lebensmittelzölle in Verbindung zu treten.

Frauenstimmrecht.

1. Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist die Stellung des Weibes bedingt durch die in jeder Epoche herrschenden Produktionsverhältnisse. Auf der Stufe des Ackerbaues der kommunistischen Geschlechtsverbände war die Frau mit dem Manne gleichberechtigt.